



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 05.01.1948 Seite a5

NZZ_19480105_A5.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

Die Explosion von Blausee-Mitholz

Ein Fachmann über die Gefahren falscher Munitionslagerung

Mit dem Aufblühen des gewaltigen 7000-Tonnen-Munitionslagers in den Felsen des Kandertales hat sich das weitaus größte Explosionsunglück unseres Landes ereignet, und unwillkürlich erhebt sich die Frage, wieso es zu einem derartigen Ereignis nach der Katastrophe von Dailly, der bald darauf folgenden Explosion im Kanton Graubünden und, wie mir kürzlich mitgeteilt wurde, der Explosion eines Zünderslagers in der Innerschweiz überhaupt kommen konnte. Waren diese drei Präzedenzfälle nicht Warnung und Drohung genug, alles zu unternehmen und vorzukehren, um einen nächsten, vierten Fall zu verhindern? Wurden die Lehren von Fort Dailly, soweit sie sich aus den Gutachten der Expertenkommission ergaben, in der Zwischenzeit von anderthalb Jahren den verantwortlichen Stellen zugeführt und in die Praxis umgesetzt?

Es liegt nahe, die Felshöhlenexplosionen von Dailly und Mitholz auf ähnliche Ursachen zurückzuführen, nämlich auf eine direkte oder indirekte Zersetzung mitgelagerter Nitrocellulosepulvers — indirekt insofern, als der auf meine technischen Betrachtungen antwortende Einsender („N. Z. Z.“ Nr. 2020 vom 30. Dez. 1947) eine nicht minder große Gefahr in den Lösemitteldämpfen aus den Pulvern erblickt, die sich in nahegelegenen pyrotechnischen Material mit Nitrat- und besonders Chloratsätzen verdichten und über Kontaktsubstanzen Brände und Explosionen hervorrufen konnten. Diese Möglichkeit ist um so ernsthafter in Erwägung zu ziehen, als sich der Einsender als erfahrener und gewiegter Pulverfachmann ausweist und seinen vielseitigen Ausführungen weiterhin zu entnehmen ist, daß bei der „oft gebotenen Eile und enormen Mengenanforderung“ die Pulver trotz Vaeumtrocknung und Warmwasserbehandlung wohl nicht immer genügend von den Lösungsmitteln (Alkohol und Äther) befreit werden konnten. Überraschend dagegen ist, daß der Verfasser bei der von mir erwähnten großen Pulverexplosion zu Thun 1922 eine Selbstzersetzung des Lagerguts als Explosionsursache in Abrede stellt. Auch ich hatte mich damals mit diesem Explosionsunglück beschäftigt und meine Ansichten in der „Schweizer Chemiker-Zeitung“ vom 6. Juli 1922, S. 375 bis 378, zusammengefaßt mit dem Hinweis auf eine Rede des damaligen Vorschers des Militärdepartements, Bundesrat Scheurer, der in der Ständerversammlung vom 9. Juni 1922 sagte, daß „möglicherweise die Explosion — wie in andern Ländern — auf die Hast der Fabrikation von Pulvern und Sprengstoffen aus der Kriegszeit zurückzuführen sei“. Die Annahme einer Selbstzersetzung schien mir vollends durch die Musterbestätigung, die mir aus einer chemischen Präparatensammlung in Zürich von den erschrockenen Professoren zur Verfügung übergeben wurden. Selbst wenn dieses Nitrocellulosepulver aus dem ersten Weltkrieg einem alten Bestand als dem in Thun explosivsten angehöre haben sollte, war doch die bis zur „sauren Schmelze“ gediehene Selbstzersetzung handgreiflich bewiesen.

Nehmen wir an, es seien im Feststellen von Mitholz größere Bestände rauchlosen Pulvers mitgelagert gewesen, so erforderte dies — ganz besonders im Hinblick auf die übrige Brisanz- und Zündmunition — eine strenge periodische Überwachung der betreffenden Magazinräume. Manchen Leser dürfte es deshalb interessieren, wie die Pulvervorräte in andern Ländern überwacht werden. In Frankreich z. B. führt der in den Munitionsdienst ausübende Beamte ein Bestandesverzeichnis, auf welchem Herstellungs- und Umarbeitungsjahr aller Pulver angegeben ist, die sich in den verschiedenen, zum Werke gehörigen Plätzen befinden. Jede Ortsveränderung von Pulvern oder Munition, Ausgabe, Eingang, Umarbeitung in fertige Munition, Zerstörung oder Vernichtung müssen besonders festgestellt werden. In den Vereinigten Staaten von Amerika werden die rauchlosen Pulver nach der Eingliederung fortlaufend alle sechs Monate nach drei verschiedenen Methoden sorgfältig auf Stabilität geprüft. Des weiteren wird von jeder Lieferung alle drei Monate eine Probe mit Lackmus gemacht unter Beobachtung während sechs Stunden.

Als allgemeine Regel gilt, daß rauchloses Pulver getrennt von Schwarzpulver, Feuerwerkskörpern und ähnlichen Explosivstoffen aufzubewahren ist, nicht bloß wegen der leichten Entflammbarkeit des Schwarzpulvers, sondern vor allem wegen seiner explosionsauslösenden Wirkung auf die genannten Lagerbestände. Für Pulverlager von mehr als zehn Tonnen ist ein Abstand von 2 km empfehlenswert, doch kann bei unterirdischen Lagern diese Entfernung beträchtlich verringert werden.

Das Lüften der Lager muß mit der größten Sorgfalt geschehen; im allgemeinen werden die Äußerungen der Lüftungöffnungen nur dann aufgetan, wenn der Himmel klar ist, die Luft trocken und ruhig und die Außentemperatur wenig höher liegt. — Das sind einige Vorschriften und Hinweise, zusammengestellt aus dem Standardwerk: Die rauchlosen Pulver, von H. Brunswig, Berlin und Leipzig 1926, um zu zeigen, welche Sachkenntnis schon das Lager bloßen Pulvers erfordert und in welchem Maße Unsicherheit und Gefahr zunehmen, wenn mit dem Pulver gleichzeitig noch andere Sprengstoffe in verschiedener Lagerung oder als fertige Munition gelagert werden. Aus dem genauen Verzeichnis des Lagerbestandes von Mitholz sowie aus dem Überwachungsjournal müßte hervorgehen, inwieweit diese Vorsichtsmaßnahmen nicht bloß dem Sinn, sondern der Tat nach durchgeführt worden sind.

Die oft gehörte Meinung, die Lagerung eines Geschosses mit eingeschraubtem Zünder sei gefährlich und deshalb unzulässig, erscheint hier, wo es sich in erster Linie um die Lager- und nicht um die Transportsicherheit handelt, von nebensächlicher Bedeutung. Wenn fertige Geschos-

munition im Manöver und im Kriege nachgeführt und ohne Unfall einmagaziniert werden kann, so läßt sie sich auch ebenso sicher wieder hinausbringen. Entscheidend ist nur, ob der Zünder lagerbeständig und auch in schlechter Luft explosions-sicher bleibe. Diese Frage ist zu bejahen, obson sich Knallquecksilber und Bleiazid in feuchter Luft an den meisingenen Kapselwänden zwar zersetzen, aber nie den Detonationspunkt erreichen können; solche Granaten verraten sich möglicherweise im Geschütz als Rohrkrepiere. Jedenfalls muß das in der Innerschweiz aufgelegene Zünderlager entweder andere Sätze enthalten haben oder äußerer Einwirkung erliegen sein.

Eine erste, früher nicht gekannte Gefahr bilden die heutigen pyrotechnischen Sätze mit Nitraten, Chloraten, Perchloraten und Superoxyden, wie sie z. B. in den Leuchtpursätzen vorkommen. Es sei nur an die Explosion des Handgranatenlagers am Rotsee bei Luzern 1917 erinnert, wo ein unreiner Chloratsatz zur Selbstzündung und damit zur Detonation führte. Derartige Munition in ein Mammullager wie das von Mitholz zu bringen, wäre unverzeihlich; ebenso unbegreiflich erscheint die Aufstapelung alter prismatischer Schießwollpreßkörper, die infolge Selbstzersetzung mehrerorts schon zu Bränden geführt haben. Ähnliche Bedenken gelten für die neuesten Raketenrucksätze aus Nitroglycerinpulver, zumal bis jetzt Erfahrungen über die Haltbarkeit fehlen. Alle diese Treib- und Sprengmittel, gleichgültig ob frei oder einlabiert, bilden einen Faktor der Unsicherheit, der ein Zusammenlagern mit stabiler Munition ausschließt.

Zu den stabilen, nicht selbstzündlichen, explosions-sicheren Munitionsorten dürfen beispielsweise gezählt werden: Brisanzgeschosse mit Trotyl- und Pentrylfüllungen samt deren Kopf- (Aufschlag-)zünder, Minenwerfer und Fliegerbomben, geladen mit Trotyl oder Amatol (Gemischen von Trotyl mit Ammonsalpater), Handgranaten mit Trotyl- oder Amatolfüllung einschließlich Zünder sowie die in Paraffinpapier eingeschlagenen Trotylpreßkörper für militärische Sprengzwecke der Genetruppen. Derartige Munition mit unsicherer Zusammenlagerung bedeutet ein Risiko, das kein Militärfachmann — selbst unter dem Zugeständnis häufigerer Kontrolle — auf sich nehmen wird.

Sollten wider aller Erwartung — ungeachtet des lauten Mahnrufs vom Rhodener See — im 7000-Tonnen-Lager von Mitholz die verschiedensten Munitionsorten verstaubt gewesen sein, dann könnte an Hand der einzelnen Posten, die im Laufe der letzten Jahrzehnte bereits anderswo zu Bränden und Explosionen geführt haben, mit statistischer Wahrscheinlichkeit auf die Ursache dieser verheerenden Explosion geschlossen werden. Jedenfalls bildet ein vollständiges, unter Angabe von Herkunft und Datum wie auch nach Menge und Verpackung spezifiziertes Lagerinventar die erste und unerläßliche Grundlage für die eingeleitete Untersuchung.

Es darf wohl erwartet werden, daß man aus diesem katastrophalen, das ganze Land betreffenden Unglückschlagungsgeschehen die Konsequenzen für die übrigen Munitionslager ziehe und die Öffentlichkeit, nach Abklärung der technischen Fragen durch die Expertenkommission, über den Sachverhalt unterrichte.

Dr. A. Stettbacher

Militärpflichtersatz

(Aus dem Bundesgericht)

Lausanne, 3. Jan. Wp. Ein Wehrmann, der auf Grund von Art. 17 der Militärorganisation infolge der Verurteilung wegen eines schweren Deliktes von der Erfüllung der Dienstpflicht ausgeschlossen wurde und daher nun Militärpflichtersatz zu leisten hatte, erklärte für die Jahre 1942/44, er besitze kein Vermögen und könne wegen seiner Arbeitsunfähigkeit kein Einkommen erzielen. Als es sich herausstellte, daß seine Frau eine Anstellung hatte, wurde ihr Verdienst der Jahre 1943 und 1944 für die Bemessung des Zuschlages zur Personalabgabe des Militärpflichtersatzes in Rechnung gestellt. Die Steuerkommission des Kantons Baselstadt wies einen dagegen eingereichten Rekurs ab.

Der Ehemann verlangte in einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde die Aufhebung dieser Einschätzung mit der Begründung, der Erwerb seiner Frau aus selbständiger Arbeit sei sondergut. Er selber sei nicht erwerbsfähig, und seine Frau weigere sich mit Recht, die Militärpflichtersatzsteuer aus ihrem Arbeitsverdienst zu zahlen, da sie ohnehin ihren Ehemann freiwillig unterstütze. Das Bundesgericht (verwaltungsrechtliche Kammer) hat diese Beschwerde durch Entscheid vom 10. Oktober mit folgender Begründung abgewiesen.

Ersatzpflichtig ist nur der Ehemann selber. Nach Art. 3, Abs. 1, des Bundesgesetzes über den Militärpflichtersatz besteht dieser in einer Personalabgabe von 6 Fr. und einem dem Vermögen und dem Einkommen entsprechenden Zuschlag. Unter dem Einkommen wird nach Art. 5 B der Arbeitsverdienst verstanden, ferner „der Erwerb von Leihrenten, Pensionen und ähnlichen Nutzen“. Zu diesen Nutzen gehören auch die dem Ehemann auf Grund des ehelichen Güterrechts zustehenden Ansprüche. Die Vollziehungsverordnung von 1934 führt dies näher aus: Einkommen im Sinne von Art. 5 B des Gesetzes sind auch „die unter dem Güterstande der Güterverbindung gemäß Art. 195, Abs. 3, des Schweizerischen Zivilgesetzbuches ins Eigentum des Ehemanns übergehenden Einkünfte der Ehefrau und natürlichen Früchte des Frauengutes“ (Art. 41, Ziffer 5 a der Verordnung). Diesen Einkünften ist der Beitrag gleichgestellt, den die Ehefrau aus dem Ertrag selbständiger Arbeit an die ehelichen Lasten leistet, soweit er 1000 Fr. übersteigt (Art. 41, Ziffer 5 d der Verordnung).

Diese Ordnung des Militärpflichtersatzes steht nicht in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Zivilgesetzes über die Sondergut. Zwar verpflichtet Art. 160, Abs. 2, den Ehemann, für den Unterhalt von Weib und Kind in gebührender Weise Sorge zu tragen, und Art. 191, Ziff. 3, bezeichnet den Erwerb der Frau aus selbständiger Arbeit als Sondergut. Allein Art. 192 bestimmt: „Das Sondergut steht... namentlich mit Hinsicht auf die Pflicht der Ehefrau, zur Tragung der Lasten der Ehe einen Beitrag zu leisten, unter den



Berghilfe

Es war früher ein mühseliges, gefährvolles Werk, die Stämme aus dem Bergwald durch den Krachen herabzuholen. Ein wahrer Segen ist nun diese Transportseilbahn, die einem Bergler und dem ganzen Dorf die harte Arbeit erleichtert. Die Berghilfe unterstützt ausschließlich Werke, welche der Gemeinschaft eines Dorfes oder einer ganzen Taltschaft dienen und damit Möglichkeiten zur Selbsthilfe und zur Selbstversorgung schaffen. Wo die Berghilfe anpackt, geschieht etwas in ihrem Sinn. Berghilfe-Sammlung 1948: Postcheckkonto VIII 32143 Zürich.

Regeln der Gütertrennung. — Die Ehefrau hat ihren Arbeitsverdienst, soweit erforderlich, für die Bedürfnisse des Haushaltes zu verwenden. Im Abschnitt über die Gütertrennung bestimmt Art. 246, Abs. 1, „Der Ehemann kann verlangen, daß ihm die Ehefrau zur Tragung der ehelichen Lasten einen angemessenen Beitrag leiste.“ Die Beschwerde beruht sich daher zu Unrecht auf Bestimmungen des Ehegüterrechts. Im vorliegenden Falle handelt es sich um Sondergut, das die Ehefrau als Beitrag an die ehelichen Lasten verwendet hat.

Zur Wehrsteuer

Ein Ersatzvorschlag des aargauischen Finanzdirektors

A. T. Schon seit einiger Zeit war in eingeweihten Kreisen unter der Bezeichnung Projekt Bachmann ein Ersatzvorschlag des aargauischen Finanzdirektors für die Wehrsteuer bekannt, nach welchem an Stelle einer subjektiven direkten Bundessteuer eine proportionale Quellensteuer von Erwerbseinkommen von 1/2 Prozent zugunsten des Bundes erhoben werden soll. Der durch seine Einfachheit bestehende Gedanke hat jedoch wegen der einschneidenden Verletzung auf den Erwerb und wegen seiner mangelnden Rücksichtnahme auf die sozialen Verhältnisse bisher wenig Anklang gefunden.

Um diesen Bedenken Rechnung zu tragen, hat Dr. E. Bachmann nunmehr sein ursprüngliches Projekt verschiedenen Änderungen unterzogen. In seiner jetzigen Form, wie es an einer jüngsten Versammlung der aargauischen Preisinnigen präsentierte, weist es folgende Merkmale auf: Hauptsteuer bildet eine Steuer auf dem Erwerbseinkommen, die mit den Beiträgen für die A. H. V. bezogen werden könnte. Diese Abgabe soll ergänzt werden entweder durch eine zusätzliche Quellensteuer auf dem Vermögensertrag, verwirklicht durch Erhöhung und Ausdehnung der Couponsteuer auf alle verrechnungspflichtigen Wertpapiere, oder durch das Abtauschprojekt der Konservativen Volkspartei. Um den Vorschlag auch in sozialer Beziehung zu verbessern, sieht das neueste Projekt eine progressiv gestaffelte Erwerbsneinkommenbesteuerung mit beispielsweise zehn Steuerklassen von 1 bis 10 Prozent vor, was auf Grund der A. H. V.-Ausweise wenigstens für die Unselbstständigerwerbenden ohne besondere Taxation möglich wäre. Auch soll dabei eine steuerliche Freigrenze berücksichtigt und die Möglichkeiten, die Steuerlast nach Zivilstand und Kinderzahl der Pflichten abzustufen, geprüft werden.

Als besonderer Vorteil dieser Regelung gegenüber der Wehrsteuer wird von seinen Urhebern geltend gemacht, daß die kantonale Steuersouveränität auf dem Gebiet der direkten Steuer gewahrt bleibe. Auch hoffen die Initianten, daß auf diese Weise die Steuerformalitäten gegenüber dem jetzigen Zustand vereinfacht werden können. Im Verhältnis zum Projekt der Konservativen wird ferner — wenigstens sofern die erste Alternative der Ergänzungssteuer gewählt wird — als Vorteil genannt, daß das Deckungsproblem des Bundes nicht einfach den Kantonen überbürdet und eine Totalrevision der kantonalen Steuertarife erspart bleiben würde. Der revidierte Vorschlag scheint uns einer eingehenden Prüfung Wert zu sein, wenn schon zum vorerwähnten darauf aufmerksam gemacht werden muß, daß damit der steuerliche Dualismus zwischen Bund und Kantonen auf Erwerb und Vermögen nicht beseitigt werden kann und daß die Vorteile dieser Regelung gegenüber der jetzigen Wehrsteuer mehr formaler als materieller Art sein würden.

Kleine Mitteilungen

Internationaler Kindernothilfsfonds. ag. (Aneta) Der Direktor des Internationalen Kindernothilfsfonds, Maurice Pate, gab bekannt, daß dem Fonds während des Monats Dezember 1947 Beiträge im Werte von 38 932 000 Dollar zugegangen seien, darunter 2000 Dollar von Luxemburg und 468 000 Dollar von der Schweiz.

Schlechtes Fangjahr der Bodenseefische. ag Die schweizerischen Berufsfische des Untersees haben während der Gangfisch-Laichzeit nur rund 4000 kg Gangfische gefangen, nicht einmal die Hälfte eines normalen Fangjahres. In die Fischbrutanstalt Ermatingen wurden rund neun Millionen Fische eingeliefert. Ebenso schlecht waren auch die Blaufelchenfänge im obren Bodensee.

LOKALES

Potenzierte Vergeltlichkeit

Es wird je länger desto ärger mit der Vergeltlichkeit der Bahnpassagiere. Was sie in die Züge schleppen, das sind sie auch instand zu lassen, stehlen und lüngen zu lassen. Schuld daran mag jedenfalls nicht zuletzt das hastige Tempo unserer Zeit sein. Was Wunder, daß Schirme, Koffern, Skistöcke, Rucksäcke, Herren- und Damenhüte, Mappen, Kniepolster, Geldbeutel, Handschuhe, Brillen, Gebetsbüchlein — und Säuglinge im Stecken diese Hetze nicht mitzunehmen vermögen. Besonders hoch gingen die Wellen der Vergeltlichkeit über die Festtage — melden die freundlichen Beamten im Fundbüro des Hauptbahnhofes. In den Zügen mit Endstation Zürich allein blieben täglich 120 bis 140 Gegenstände liegen. Mancher, der nach etwas Verlorenem fahndet, weiß nicht einmal zu sagen, wo ihm das Vermißte abhandeln kam, ob im Zug, im Wartesaal, in der Telefonkabine, in der Toilette oder auf dem Perron. Da wird denn im Fundbüro mit Hilfe des Beamten die Reise nochmals in Gedanken unternommen. „Richtig, ich wollte mich noch schnell wägen und schnellste deshalb den schweren Rucksack los um dann Hals über Kopf auf den Zug zu hasten.“ — vermag sich ein Skifahrer beim „Verhör“ plötzlich zu erinnern und schmunzelt, wie ihm der Beamte den in der Skihütte so arg Vermißten übergeben kann.

Der Ehrlichkeit unserer Bevölkerung stellt es ein gutes Zeugnis aus, daß ungefähr 90 Prozent aller liegengelassenen Gegenstände auf das Fundbüro gelangen. Gewaltige Umtriebe gehen auf das Konto der Verwechslungssuche. Handkoffern und Skis, die sich wie ein Ei dem andern gleichen, wanderten zu Dutzenden in fremde Hände. Auch das ausländische Reisepublikum beteiligt sich an diesem Verwechslungsspiel und an der allgemeinen Vergeltlichkeit. Massige Koffern und kokette Suitcases blieben mitunter einsam eine ganze Nacht auf dem Perron stehen. Der Dienst sei nicht immer leicht, berichten die Beamten, weil die „Kundschaft“ oft nervös und völlig kopflos ins Fundbüro stürme. Verlierer und Verlierinnen von Portemonnaies mit beträchtlichem Inhalt gelte es zu beruhigen und zu trösten. Wie leichtsinnig zu weilen mit Geld umgezogen wird, illustriert der Fall einer Passagierin, sie belegte einen Platz mit einem Briefumschlag, worin sich eine Hundsfurkennote befand, verzeß dieses wertvolle Depot und bestieg einen andern Zug. Auch zum Schmunzeln gibt es für die Beamten manchmal Gelegenheit. Sie wissen, was zaghaft mit der Hand vor dem Mund eintretende Verlierer vermissen, noch bevor sie ein Wort sagen: die Zahnpfropfen. Diese diskreten Verlorengegenstände können ihren Besitzern meist wieder übergeben werden. An der Vergeltlichkeit beteiligen sich die Vertreter beider Geschlechter so ziemlich zu gleichen Teilen. Das beweisen die in rauen Mänteln aufgestapelten Schirme, die vielen Hüte mit und ohne Federzylinder und die Aktenmappen und Handtaschen.

Der Gaskalender. fe Auf die großzügige Förderung, die unsere Stadt allen Künsten angedeihen läßt, dürfen wir stolz sein. Um so verwunderlicher ist die blamable Ausstattung, die das Städtische Gaswerk dem dieser Tage an die gasverbrauchenden Haushaltungen verteilten Abrechnungskalender für 1948 hat angedeihen lassen. Der neue Kalender ist eher noch häßlicher als sein Vorgänger. Das schreckliche Titelbild ist fast noch der ergrübelte von den rund dreißig Helgen, mit denen unsere Haushalten hier beglückt werden. Der „Künstler“ selber scheint nicht gewagt zu haben, seinen Namen zu nennen. Dieser dilettantische Gaskalender ist nicht nur eine Schande für unsere Stadt, deren graphisches Gewerbe mit Recht Weltruf genießt, er ist zugleich volkerzeierisch unverantwortlich durch die verlorene Talm-Eleganz der dargestellten Zierpuppen-Hausfrauen mit ihren knallig bemalten Lippen und den zu spitzen Krallen ausgewachsenen lackierten Fingerringen.

Verkehrsunfall. An der Albstadtstr. bei der Einmündung der Leitenholzstr. (Kreis 2), lief am Freitagabend eine Frau, die wegen eines Telefonanrufs in einer benachbarten Wirtschaft eiligt die Straße überqueren wollte, in ein in maßigem Tempo stadteinwärts fahrendes Personauto. Die Fußgängerin erlitt, obgleich der Lenker sein Fahrzeug sofort bremsen konnte, schwere Verletzungen.